



Man kann keine Demokratie aufbauen ohne Demokraten

Die niederländische Parlamentarierin Farah Karimi berichtet im Kieler Landeshaus über die Situation in Afghanistan

Harm Ede Botje

Welche Fortschritte machen internationale Bemühungen, Afghanistan durch Geld und politische Hilfen bei der Entwicklung demokratischer Strukturen zu unterstützen? Was ist von innenpolitischen Behauptungen hierzulande zu halten, eine Rückkehr in ihre weiter von Gewalt beherrschte und weithin ruinierte „Heimat“ sei den afghanischen Flüchtlingen inzwischen zumutbar? Diesen und weiteren Fragen wollten der Flüchtlingsrat und der Landesflüchtlingsbeauftragte Schleswig-Holsteins auf den Grund gehen, als sie am 21. Mai 2007 die ehemalige niederländische Parlamentsabgeordnete Farah Karimi zu einer Vortragsveranstaltung ins Kieler Landeshaus einluden.

Farah Karimi erhielt als politisch Verfolgte aus dem Iran Anfang der 80er Jahre Asyl in Deutschland. Von Kiel aus, wechselte sie 1989 in die Niederlande. Dort vertrat sie von 1998 bis 2006 die Partei GroenLinks im niederländischen Parlament - als Sprecherin für Außenpolitik, Verteidigung, Menschenrechte, Konfliktgebiete und europäische Integration. Zuletzt war Frau Karimi im Auftrag der Vereinten Nationen drei Monate als Beraterin im jungen afghanischen Parlament tätig gewesen. Den TeilnehmerInnen im Kieler Landeshaus bot sich eine seltene Gelegenheit, sich authentisch über den Fortschritt des UNO-Projektes eines demokratischen Nation Building in Afghanistan zu informieren. Der niederländische Journalist Harm Ede Botje hatte Farah Karimi zuvor in Kabul besucht. Hier sein (gekürzter) Bericht:

Harm Ede Botje ist Journalist in den Niederlanden. Abdruck dieses Artikels mit freundlicher Genehmigung der Zeitschrift „Vrij Nederland“.



Afghanisches Parlament (Foto: Sumit Dayal)

Karimi besuchte Afghanistan zum ersten Mal im Jahre 2000. Während vier weiterer Reisen kam sie viel herum in allen Teilen des Landes und sprach mit Politikern, Entwicklungshelfern, Mullahs und Warlords. 2006 erscheint ihr Buch „Schlachtfeld Afghanistan“. Darin beschreibt Karimi, wie sie zusehends ihren Glauben an die militärische Intervention in Afghanistan verliert.

Das afghanische Parlament - ihren neuen Arbeitsplatz - beurteilt Karimi in ihrem Buch nicht sehr optimistisch. Warlords mit Blut an den Händen konnten zu den Parlamentswahlen 2005 kandidieren, ohne dass die internationale Gemeinschaft dagegen etwas unternahm. Viele von ihnen wurden gewählt. Die Amerikaner meinten diese Kriegsherren zu brauchen in ihrem Krieg gegen den Terror. „Die Wahlen wurden kein Vehikel für Ver-

änderungen.“ notiert Karimi. Die ehemalige Abgeordnete weiß also womit sie beginnt, als sie Ende Januar dieses Jahres in Kabul ankommt. Trotz allem hofft sie im Parlament auch gleichgesinnte „Demokraten in Herz und Nieren“ zu treffen, mit denen sie sich geistesverwandt fühlt.

Im Dezember 2005 fand die erste Sitzung des Parlaments statt, nach nationalen Wahlen, die laut internationalen Beobachtern redlich verlaufen waren. Im Parlament sitzen 249 Abgeordnete in der Wolesi Jirga - dem Bundestag - und 102 Abgeordnete in der Meshrano Jirga - eine dem Bundesrat ähnlichen Kammer. Die Abgeordneten wurden alle auf persönlichen Titel gewählt. Das Parlament hat schier endlos über die eigene Geschäftsordnung, interne Prozeduren und Ernennungen der Kommissionsvorsitze getagt. In den letzten anderthalb Jahren ist es so kaum zu

neuer Gesetzgebung gekommen. „Die Parlamentsdebatten sind hier schon sehr ermüdend.“ sagt Karimi. „Da es keine Fraktionen gibt, bekommt hier jeder und jede das Wort. Die Sitzungen sind endlos. Das Parlament befindet sich wirklich noch in den Kinderschuhen.“

Frauenangelegenheiten

Die frisch gewählte Kommissionsvorsitzende Ghadria Yazdanparast wohnte fünf Jahre in den Niederlanden, 2003 kehrte sie zurück nach Afghanistan. Die Kommission Frauenangelegenheiten, Menschenrechte und Gesellschaftliche Organisationen besteht ausschließlich aus Frauen. Die vergangenen Monate haben sie mit der Debatte über den Vorsitz der Kommission verbracht. Schließlich ist es Yazdanparast geworden. Ihre Kontrahenten beschimpfen sie als „Jihadi“. Sie hat enge Kontakte mit dem Warlord Nurridin Rabbani, der jahrelang afghanischer Präsident war und der von der Menschenrechtsorganisation Human Rights Watch für beschuldigt wird, an Kriegsverbrechen beteiligt gewesen zu sein. Aus Protest gegen ihre Wahl boykottieren progressive Abgeordnete wie Malalai Joya, die für ihre deutliche Stellungnahme gegen die Warlords Aufsehen erregte, die Kommissionssitzungen.

In afghanischen Verhältnissen fällt eine Kommission, in der nur Frauen sitzen, kaum ins Gewicht. „Es ist eine sehr schwache Kommission. Die männlichen Abgeordneten haben gedacht: Wir fassen all die Themen, die die internationale Gemeinschaft so wichtig findet, in einer Kommission zusammen. Und die überlassen wir dann den Frauen.“ Mit Bedauern sah Karimi, wie die Kommission sich mit endlosen Streitereien entzweite. „Ich habe den Frauen gesagt: Ihr verpasst eine Chance. Ich sagte: Ihr habt große Meinungsverschiedenheiten untereinander. Aber es gibt auch gemeinsame Interessen. Alle Frauen wollen eine Änderung des Ehrechts oder Verbesserungen im Gesundheitswesen. Die könnt ihr erreichen ohne tief schürfende ideologische Diskussionen. Sucht euch ein oder zwei Themen und entwickelt daraus eine gemeinsame Strategie. Ich nannte als Beispiel den fraktionsübergreifenden Frauen-

rat in der niederländischen Tweeden Kamer. - Bis jetzt jedoch leider ohne Erfolg.“ Gleichzeitig werden die Frauen im Parlament kaum ernst genommen von ihren männlichen Kollegen.“

Polizeireform und Amnestiegesetz

Korruption und Inkompetenz der Polizei sind ein großes Problem in Afghanistan. Vor allem in den Drogenanbaugebieten stecken all zu oft Polizeichefs unter einer Decke mit den Drogenbaronen. Das soll ein Ende haben und darum werden jetzt Polizeikommandanten ernannt auf Basis von Diplomaten und Sachkenntnis. Die internationale Gemeinschaft steht dem sehr positiv gegenüber. Die Abgeordneten sehen die Sache jedoch ganz anders. „Warum werden Männer, die immer gut gearbeitet haben, immer gute Muslims waren, nun auf einmal an die Seite geschoben?“ fragt ein Abgeordneter den Vertreter des Innenministeriums in der Sitzung der Kommission für die Polizeireform. Ein anderer pflichtet ihm bei: „Ihr tut doch nur, was die Ausländer wollen und nicht, was die Bevölkerung will.“

Mit den Ausländern meint er die Amerikaner und die Deutschen, die den Aufbau und die Reformen der Polizei unterstützen. Die Abgeordneten sind alle in ihren eigenen Wahlkreisen gewählt und haben ihre lokalen Interessen zu vertreten. Oft haben sie selbst die korrupten Polizeichefs ernannt. Oder die Kommandanten gehören zu ihrem eigenen Clan, - sind vielleicht ein Bruder oder ein Neffe. Ein Abgeordneter steht auf und sagt drohend: „Die internationale Gemeinschaft muss begreifen, dass eine neue Krise entsteht, wenn man Polizeikommandanten entlässt. Sie werden zusammen mit ihren Milizen in Aufstand kommen. Und ich prophezeie Ihnen: Dann haben wir nicht nur im Süden und im Westen ein Problem mit den Taliban, sondern auch im Norden und Osten mit den meuternden Polizeibeamten.“ Der Ministerialbeamte rutscht unruhig auf seinem Stuhl hin und her. „Es ist ein unglaublich schwieriger Auftrag.“ sagt er entschuldigend. „Ich habe dem Minister gesagt, ich würde gerne von dieser Aufgabe enthoben werden.“

„Das Parlament ist eher eine Bremse für Veränderungen in Afghanistan, als dass es diese befördert.“ Schon an ihrem ersten Arbeitstag beim Kabuler Parlament traf Farah Karimi mit dieser Feststellung ins Schwarze. Es wurde nämlich die viel diskutierte Amnestieresolution angenommen, nach der Kriegsverbrecher künftig nicht mehr verfolgt werden sollen. Die Protagonisten des Bürgerkriegs fühlten sich zunehmend in die Ecke gedrängt durch eine Reihe aktueller Ereignisse: Die Hinrichtung Saddam Husseins, dem Bericht der Menschenrechtsorganisation Human Rights Watch, in dem afghanische Kriegsverbrecher mit Vor- und Zunamen genannt wurden, und die Präsentation des Präsidenten Karzai eines „Aktionsplans für Frieden, Gerechtigkeit und Versöhnung“. Ehemalige Kommunisten und Warlords, die sich gegenseitig nach dem Leben trachteten, trafen stillschweigend eine Vereinbarung: Die beiderseitigen Greuelthaten sollten gegeneinander aufgerechnet beziehungsweise weggestrichen werden.

Dieser Deal wurde, ohne dass die internationale Gemeinschaft die Tragweite dessen gleich erkannte, an einem stillen Nachmittag durch das Parlament gejagt. Karimi kann sich immer noch darüber aufregen: „Die dunklen Kräfte profitieren am meisten von den demokratischen Institutionen. Die Warlords nutzen das Parlament, um Angelegenheiten für sich selbst zu regeln.“

Um der internationalen Gemeinschaft entgegen zu kommen, brachte Präsident Karzai noch einige Veränderungen in dem Antrag an, wodurch Einzelpersonen doch noch Kriegsverbrecher anklagen können. Für Karimi ist dies kaum eine Verbesserung: „Welcher Bürger beginnt in diesem Land nun mit einem Strafprozess gegen einen mächtigen Kriegsherrn? Derjenige ist sich seines Lebens nicht mehr sicher. Obendrein ist die richterliche Macht in Afghanistan ziemlich korrupt. Und Karzai bemüht sich nicht wirklich, daran schnell etwas zu ändern.“

Abdul Sayyaf´s Blutbad im Stadtviertel Afshar

Das Kabuler Viertel Afshar zieht sich an einem Berg hinauf. Hier gibt es kein fließend Wasser und keine Elektrizität. Die Straßen sind übersät mit Schlaglöchern. Überall stehen immer noch die Ruinen der Häuser, die während des Bürgerkrieges Anfang der neunziger Jahre zerstört wurden. Die 37-jährige Marzia empfängt uns im Innenhof ihres kleinen Lehmhauses. Um sie herum spielen ein paar kleine Kinder mit laufenden Nasen. Kurz darauf kommen auch ihr 15-jähriger Sohn und ihr Ehemann nach draußen. Sie sehen bleich aus. Kein Wunder, denn die Männer verbringen ihre Tage mit dem Knüpfen von Teppichen in kleinen, dunklen Kammern.

Marzias Familie sind Hazara, eine Minderheit in Afghanistan, die leicht zu erkennen



Farah Karimi in Afshar (Foto: Sumit Dayal)

ist an ihren mongolischen Gesichtszügen. Die Hazara sind Nachkommen der Soldaten des Herrschers Dschingis Khan aus dem 12. Jahrhundert. Die Hazaras wurden in Afghanistan schon immer diskriminiert und stehen in der gesellschaftlichen Hierarchie ganz unten. Unter den verschiedenen Kriegen der letzten drei Jahrzehnte hatten sie stark zu leiden. Im Februar 1993 zogen Taliban ähnliche Truppen des berühmten Kriegsherren Abdul Rasul Sayyaf (der von Saudi-Arabien unterstützt wurde) durch das Viertel Ashraf. Sie richteten dort ein wahres Blutbad an. Die Bewohner wurden aus ihren Häusern getrieben, der Hausrat in Brand gesetzt. Die Männer wurden in Container gepackt und mit Granaten beschossen.

Auch bei Marzia kamen die Milizen vorbei. Sie wurde zusammengeschlagen und sollte ihren Goldring hergeben. Als das nicht schnell genug ging, hackte einer der Soldaten ihr kurzerhand zwei Finger ab. „Eine Woche lag ich blutend im Haus und habe auf Hilfe gewartet.“ sagt sie, während sie mit der Hand über ihre zusammengewachsenen Fingerstümpfe fährt. Ihr Mann wurde abgeführt. Sie sah ihn erst fünfzehn Monate später wieder. Er wurde schwer misshandelt und musste wie ein Sklave in einem der Lager von Sayyaf arbeiten. Er ist nie wieder der Alte geworden.

Jetzt, fünfzehn Jahre später, sitzt Abdul Rasul Sayyaf im afghanischen Parlament. Der mit einem langen weißen Bart geschmückte Kriegsherr hat es sogar bis zum Vorsitzenden der Kommission für Außenpolitik gebracht.

Demokratische Kräfte

Wie geht es nun weiter mit dem afghanischen Parlament? Karimi legt ihre Hoffnung ganz auf die demokratisch orientierten Abgeordneten wie Douad Sultanzoy. Dieser charmante und gepflegte Herr stammt aus einer einflussreichen Familie. Sein Vater

war General, die Familie besitzt noch immer Landgüter in der südlichen Provinz Ghazni.

Vor kurzem wurde die neue politische Partei United Democratic Front gegründet. Sultanzoy hat kein gutes Wort über für diese Partei. „Da sitzen alle Diebe, Schufte, Kriminelle und Kriegsverbrecher bei einander.“ Diese Gruppierung hat einen enormen Einfluss auf den Rest des Parlaments. „Sie geben anderen Politikern Schmiergeld, der Gruppendruck ist groß, viele Abgeordnete werden eingeschüchtert.“ Die Nachbarländer Iran, Pakistan und Russland liefern billiges Erdöl, das dann von den Warlords weiterverkauft wird. „So fließen große Beträge durch ihre Hände in das Land. Damit werden Parteien finanziert, Zeitungen und Rundfunkstationen aufgebaut. Die drei Länder haben ebenfalls ein großes Interesse daran, dass das demokratische Projekt in Afghanistan misslingt.“

Gemeinsam mit etwa dreißig Gleichgesinnten probiert Sultanzoy eine neue parlamentarische Gruppierung zu errichten, die ein Gegengewicht bieten soll gegenüber den Kriegsherren. Aber die Gespräche verlaufen zäh. „Jeder will der Anführer sein,“ sagt er verdrossen. „Sogar wenn jemand nicht die dazugehörigen Kapazitäten hat. Das ist wirklich ein Problem in diesem Land. Die Egos sind gigantisch. There are too many chiefs and no indians.“

Sultanzoy hofft auf finanzielle Unterstützung politischer Parteien aus dem Westen. „Wir brauchen nicht nur moralische Unterstützung von unseren westlichen Freunden, sondern auch logistische und organisatorische Hilfe. Die, die uns Demokratie bringen wollen, müssen nun ihre Versprechungen einlösen. Meine demokratischen Kollegen und ich haben nicht mal ein Büro. Ich kann nicht mal meine Internetverbindung bezahlen. Die Kriegsherren dagegen schwimmen im Geld.“

Antidemokraten bei der Arbeit

Das Amnestiegesetz, die Allmacht der Warlords, die Korruption, das Desinteresse der internationalen Gemeinschaft, die Geldverschwendung, die gut gemeinten, aber unnötigen Workshops, die Schwierigkeiten der Sprachbarriere, mit denen ihre Kollegen zu kämpfen haben, um den Abgeordneten tatsächlich Hilfestellung bieten zu können. All das frustriert Farah Karimi sehr. Dennoch ist sie am meisten enttäuscht vom afghanischen Parlament selbst: „Ich habe hier vor allem Antidemokraten bei der Arbeit gesehen.“ Karimi prophezeit, dass die Abgeordneten in den nächsten Monaten weitere Reformen blockieren oder zurück nehmen werden. Das Amnestiegesetz steht nicht für sich allein. Das Parlament will das Mediengesetz so ändern, dass öffentliche Kritik an der Regierungspolitik strafbar wird.

Ebenfalls gibt es Pläne, die unabhängige Menschenrechtskommission flügelarm zu machen. Karimi möchte das alles nicht mehr mitmachen. Darum hat sie beschlossen ihren Vertrag nicht weiter zu verlängern. Aber lässt sie damit nicht gerade Leute wie Sultanzoy im Stich? Und ist sie nicht zu ungeduldig? Ist es nicht gerade jetzt von entscheidender Bedeutung, zu bleiben und mit zu helfen, das Parlament durch diese kritische Phase hin zu schleusen? „Ja, ich bin ungeduldig.“ sagt Karimi. „So ist mein Charakter. Aber man kann keine Demokratie aufbauen ohne Demokraten. Ich werde nach Wegen suchen, gerade die demokratisch orientierte Gruppe zu unterstützen. Als UN-Personal konnte ich mich nicht gesondert für sie einsetzen. Ich musste, stellvertretend für die internationale Gemeinschaft, für alle Abgeordneten da sein. Und das kann ich nicht mehr aufbringen.“



ISAF Übung in Afghanistan (Foto: Sumit Dayal)

IMPRESSUM DER SCHLEPPER

Hrsg.: Flüchtlingsrat
Schleswig-Holstein e.V.
Oldenburger Str. 25
D-24143 Kiel • Tel. 0431-735 000
www.frsh.de • office@frsh.de
Konto: 152 870
EDG-Kiel • BLZ 210 602 37



Das PRO ASYL-Heft zum Tag des Flüchtlings 2007 erscheint in Schleswig-Holstein als Nr. 39 des Quartalsmagazins Der Schlepper. Auf den beigegeführten Seiten I – XII befinden sich ergänzende Texte zur Situation in Schleswig-Holstein. Redaktion der Schleswig-Holstein-Beilage (Seiten I – XII): Martin Link (V.i.S.d.P.) Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht immer die Meinung der Redaktion wieder.

ISBN: 3-9811429-2-6 • 978-3-9811429-2-1
online: www.frsh.de/schlepp.htm